



EVP-ED



# EUROPA-AKTUELL

**Reimer Böge**

Mitglied des Europäischen Parlaments

November/Dezember 2008

Liebe Leserinnen und Leser,



das Europäische Parlament (EP) hat eine positive Bilanz über die ersten zehn Jahre der Wirtschafts- und Währungsunion gezogen. Es besteht breite Übereinstimmung darüber, dass sich die Einführung des Euro als eines der bisher erfolgreichsten europäischen Projekte erwiesen und die wirtschaftliche Integration Europas weiter vorangetrieben hat. Angesichts der wachsenden wirtschaftlichen Verflechtungen innerhalb des Euroraumes wird immer deutlicher, dass niedrige Inflationsraten und möglichst ausgeglichene Haushalte keine Willkür sind, sondern unmittelbare Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum.

Neben dem US-Dollar erfüllt der Euro eine wichtige Funktion als Bezugswährung für viele Länder weltweit. Auf die Weltdevisenmärkte hat er eine stabilisierende Wirkung, insbesondere in Krisenzeiten. Das hat gerade die jüngste Finanzmarktkrise deutlich gezeigt. Trotz aller unbestrittenen Erfolge der Eurozone bleibt zu bemängeln, dass das Potential des Euro auf globaler Ebene unzureichend ausgeschöpft wird. Denn der Euroraum verfügt weder über eine angemessenen festgelegte internationale Strategie noch über eine effektive internationale Vertretung.

In den letzten Wochen hat sich auch die Europäische Zentralbank als äußerst handlungsfähig erwiesen. Sie hat fast täglich interveniert, um dem Markt Liquidität zu verschaffen und damit erneut bewiesen, dass nur koordiniertes Handeln Vertrauen bilden kann.

Mit der Bewältigung der Finanzmarktkrise steht der Stabilitäts- und Wachstumspakt jetzt vor seiner ersten größeren Bewährungsprobe. Er bietet ausreichende Flexibilität, die aktuelle Krisensituation zu meistern. Alle müssen sich aber darüber im Klaren sein: es kann allenfalls Ausnahmen im Extremfall geben, aber keine generelle Aussetzung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

Mit freundlichen Grüßen  
Reimer Böge

## **Schlaglichter aus Straßburg und Brüssel**

### **Arbeitsprogramm 2009**

Das Arbeitsprogramm der Kommission für das (Wahl-) Jahr 2009 enthält folgende thematische Schwerpunkte: Bewältigung der Finanzkrise, Maßnahmen gegen den Wirtschaftsabschwung, Klimawandel und nachhaltige Entwicklung, Sozialagenda. Darüber hinaus soll der 20. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer gebührend gefeiert werden.

Das Arbeitsprogramm ist unter [http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/clwp2009\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/atwork/programmes/docs/clwp2009_de.pdf) abrufbar.

### **Lohngefälle zwischen Männern und Frauen überwinden**

Das Europäische Parlament hat die Kommission aufgefordert, konkrete Vorschläge zur Überwindung des Lohngefälles zwischen Männern und Frauen vorzulegen. Nach wie vor verdienen Frauen durchschnittlich 15 % weniger. Das geschlechtsspezifische Lohngefälle schwankt zwischen 4 % und über 25 %. Eine Strategie zur Überwindung des Lohngefälles müsse aus legislativen und nicht-legislativen Maßnahmen bestehen. Auch für einen "Europäischen Tag des gleichen Entgelts" spricht sich das EP aus.

Das Parlament kritisiert, dass das Ziel der Verringerung des Lohngefälles von den meisten Mitgliedstaaten "nicht energisch genug" verfolgt werde. Die Abgeordneten forderten die Kommission auf, bis zum 31. Dezember 2009 einen entsprechenden Legislativvorschlag zu unterbreiten.

### **Debatte über die Finanzkrise und die Ergebnisse des G20-Gipfels**

Das EP hat am 18.11. über die Finanzkrise und die Ergebnisse des G20-Gipfels von Washington debattiert. Die große Mehrheit der Abgeordneten plädierte für eine bessere Regulierung und Kontrolle der internationalen Finanzmärkte sowie für klare Regeln, etwa für Rating-Agenturen oder Hedgefonds. Nötig seien auch Maßnahmen, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.

### **Blue Card soll EU attraktiver für ausländische Fachkräfte machen**

Die EU will attraktiver werden für hochqualifizierte Arbeitnehmer aus Drittstaaten. Mit der sog. Blue Card, einer kombinierten Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, soll der Zugang zum Arbeitsmarkt in der EU für Hochqualifizierte erleichtert werden. Zu den Mindestanforderungen einer Blue Card sollen nach Ansicht des EP ein Hochschulabschluss oder eine fünfjährige Berufserfahrung sowie ein Gehalt von mindestens dem 1,7-fachen des durchschnittlichen Bruttolohns gehören.

Die Europäische Union sieht einem Mangel an Fachkräften entgegen: Innerhalb der nächsten zwanzig Jahre, so die Prognose, werden EU-weit 20 Millionen ausgebildete Arbeitskräfte fehlen. Einwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten könnte den Engpass vermeiden oder zumindest vermindern. Aus diesem Grund hatte die Europäische Kommission im Oktober 2007 einen Vorschlag zur Einführung einer Blue Card vorgelegt – einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis für nicht-europäische Fachkräfte nach dem Vorbild der US-amerikanischen „Green Card“.

### **Kinder und Internet**

Das EP hat ein Programm zum Jugendschutz im Internet beschlossen. Mit dem Programm soll die Aufklärung von Eltern und Jugendlichen finanziert sowie über die Risiken der uneingeschränkten Internetnutzung aufgeklärt werden. Es soll ein spezielles Label für "kindersichere" Webseiten eingerichtet und in allen 27 EU-Ländern eine Hotline geschaffen werden, bei der Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen gemeldet werden können. Darunter fallen u.a. Belästigungen, Kinderpornografie, Verbreitung rassistischer Inhalte und Anstiftung zu Selbstverstümmelung, Anorexie und Selbstmord. Besorgniserregend sind insbesondere zwei neue Phänomene: das Anfreunden mit Kindern (z.B. in Chats) zu sexuellen Zwecken (sog. "Grooming") sowie Schikane und Ausübung psychologischen Drucks (sog. Cyber-Bullying). Presseberichten zufolge ist allein die Anzahl der Websites mit kinderpornographischem Inhalt in den letzten 10 Jahren um 1500 % gestiegen; jährlich

werden 500 000 einschlägige Bilder ins Netz gestellt; der Anteil der zwischen 9 und 16 Jahre alten Nutzer, die pornographisches Material anklickten, stieg zwischen 2006 bis 2008 von 2 auf 12 %.

### **Elektrizitätsversorgung**

In Deutschland müssen neue konventionelle Kraftwerke gebaut werden. Nur so ist die Versorgungssicherheit im Bereich der Elektrizitätsversorgung auf Dauer gesichert. Das hat die Bundesregierung der EU-Kommission berichtet. Der EU-rechtlich vorgeschriebene Bericht bestätigt zwar, dass die Versorgungssicherheit in Deutschland als hoch einzustufen ist. Vor dem Hintergrund des beschlossenen Kernkraftausstiegs sehen die Gutachter aber einen hohen Zubaubedarf an konventionellen Kraftwerken, um die Versorgungssicherheit auch zukünftig zu gewährleisten. Zwar wird eine enorme Zunahme der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien insbesondere Windkraftanlagen unterstellt, doch unterliegt diese Art der Stromproduktion naturgemäß starken Schwankungen, so dass sie nur zu einem geringen Teil zur gesicherten Leistung beiträgt.

### **Biosprit**

Im EP zeichnet sich eine Absenkung der gültigen Zielvorgaben für Biokraftstoffe ab. Angesichts knapper werdender Lebensmittel hat der Industrieausschuss des Parlaments fast einstimmig die Biosprit-Ziele der EU-Kommission zurückgenommen; es soll weniger Biosprit aus Lebensmitteln geben und die Regenwälder, sowie artenreiche Flächen sollen geschont werden. Der 10%-Anteil nichtfossiler Kraftstoffe soll bis 2020 nur zu 6% durch die klassischen Biokraftstoffe auf Mais- und Rapsgrundlage erzeugt werden. Weitere 4% sollen auf mit Strom oder Wasserstoff angetriebene Autos entfallen, sowie auf die Nutzung von Biokraftstoffen der 2. Generation, also auf Biokraftstoffe, die auf Abfall-, Stroh- und Klärschlammgrundlage erzeugt werden. Der Anbau von Energiepflanzen auf gerodeten oder für die Artenvielfalt wichtigen Flächen soll verboten werden. Einen Bonus soll es geben, wenn zuvor nicht nutzbare Böden für die Produktion von Biokraftstoff verwendet werden. Erst 2014 soll darüber entschieden werden, ob die EU an dem 10%-Ziel für den Anteil von Biokraftstoffen am Kraftstoffverbrauch festhält.

### **CO<sub>2</sub> – Bunker**

Modellprojekte zur großtechnischen CO<sub>2</sub>-Speicherung dürfen staatlich finanziert werden. Das hat die zuständige europäische Überwachungsbehörde klargestellt. Diese für ein Projekt in Norwegen getroffene Entscheidung schafft einen wichtigen Präzedenzfall für die Prüfung staatlicher Beihilfen für Projekte zur Weiterentwicklung der so genannten CCS-Technologien. Dabei geht es insbesondere um die unterirdische Speicherung von CO<sub>2</sub> aus Kohle- und Gaskraftwerken. Bislang werden nur in England CCS-Technologien in erheblichem Umfang gefördert. Die Kommission bereitet derzeit die Einrichtung eines Netzes von Demonstrationsvorhaben zur Anwendung der CCS-Technik in Kraftwerken vor. Dabei wird sie auch einen Auftrag an einen externen Dienstleister vergeben, der bei der Einrichtung und dem Betrieb des Netzes Unterstützung leisten soll.

### **Meeresüberwachung**

Die Kommission hat das Konzept einer umfassenden Strategie für eine integrierte Meeresüberwachung vorgelegt. Danach sollen durch ein europäisches Netzwerk die nationalen Behörden im Kampf gegen den Drogen-, Waffen- und Menschenhandel, illegale Fischerei, Umweltverschmutzung, Piraterie und Terrorismus unterstützt werden. Die sektorübergreifende Zusammenarbeit soll auch dazu beitragen, die Überwachungseinsätze der nationalen Behörden effizienter zu gestalten und die Kosten zu senken.

### **Reform der Europäischen Agrarpolitik**

Das Europäische Parlament hat am 19.11. seine Position zur Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (so genannter GAP-Gesundheitscheck) bestimmt. Im Vorfeld hatte es hitzige Debatten, insbesondere um die Milchquote und die Reduzierung der Direktbeihilfen für größere Landwirtschaftsbetriebe, gegeben.

Die Kommission hat Änderungen in drei wesentlichen Bereichen vorgeschlagen: Die Direktbeihilferegulierung soll für die Landwirte einfacher und effizienter gestaltet werden. Zu diesem Zweck kön-

nen die Mitgliedstaaten ihre Durchführungsmodelle ändern und in stärkerem Maße pauschale Beihilfebeträge anwenden.

Im Rahmen von Marktinstrumenten soll die Intervention, d.h. der öffentliche Ankauf von Erzeugungsüberschüssen, ihre ursprüngliche Funktion als echtes Sicherheitsnetz zurückerhalten. Die Stilllegungsverpflichtung wird abgeschafft und die Milchquoten laufen 2015 aus. Um den Erzeugern den Übergang zu erleichtern, sollen die Quoten bis dahin schrittweise angehoben werden. Zur Entwicklung des ländlichen Raums sollen die Direktzahlungen für die ländliche Entwicklung um 8 % erhöht werden.

#### **Kürzung der Direktbeihilfen**

Insbesondere die Reduzierung der Direktbeihilfen für größere Landwirtschaftsbetriebe zur Finanzierung einer neuen Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums („Modulation“) war Inhalt von kontroversen Diskussionen. Der gefundene Kompromiss sieht vor, alle einem Betriebsinhaber in einem Kalenderjahr zu gewährenden Direktzahlungen, die 10 000 Euro überschreiten, jedes Jahr bis 2012 um folgende Prozentsätze zu kürzen: 2009 und 2010 jeweils um 6 % sowie 2011 und 2012 um jeweils 7 %. Die Freigrenze von 10 000 Euro bewirke eine Entlastung der mittelgroßen Familienbetriebe, so die Begründung. Die Beträge, die sich aus der Anwendung der Kürzungen ergeben, werden folgendermaßen angehoben: Beträge zwischen 100.000 und 199.999 Euro um 1 Prozent, Beträge zwischen 200.000 und 299.999 Euro um 2 Prozent sowie Beträge von 300.000 Euro oder darüber um 3 Prozent. Den Mitgliedstaaten soll mehr Flexibilität bei der Vergabe von nationalen Beihilfen für Landwirte eingeräumt werden, denn: "Es wäre unangemessen, die Mitgliedstaaten dazu zu zwingen, ihre Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums anzupassen, falls sie den neuen Herausforderungen bereits entsprechend begegnen".

#### **Anhebung der Milchquote um 1 % während der kommenden Jahre**

Die Reform des Milchsektors ist einer der heikelsten Aspekte des Gesundheitschecks und führt aufgrund der enormen Unterschiede bei den Produktionsbedingungen auf dem gesamten Gebiet der Union zu höchst unterschiedlichen Positionen.

Die Anhebung der Milchquote führte somit zu kontroversen Debatten. Das Parlament folgte jedoch den Plänen der Kommission: die Milchquote wird demnach um 1 % während der kommenden Jahre erhöht werden. Die Mitgliedstaaten können allerdings befristete Quotenerhöhungen aufgrund unvollständiger Nutzung der Milchquoten in anderen Mitgliedstaaten beantragen, sofern sie nachweisen können, dass es für ihren Milchmarkt nach den Grundregeln voraussichtlich keine „sanfte Landung“ geben wird. Dazu berechnet die Kommission alljährlich die Menge der nicht genutzten Milchquoten. Die Kommission prüft etwaige Anträge der Mitgliedstaaten auf zusätzliche Quotenerhöhungen und legt einen Vorschlag für die befristete Zuteilung von Produktionsquoten zu Beginn jedes Wirtschaftsjahres vor. Diese befristeten Quoten in einem bestimmten Wirtschaftsjahr müssen jedoch stets unter der Menge der in dem vorhergehenden Wirtschaftsjahr nicht genutzten Quoten liegen.

#### **Milchfonds und Bericht über Lage auf dem Milchmarkt 2010**

Die Gesamteinnahmen aus Zahlungen der Zusatzabgabe an die Union sowie die eingesparten Mittel aus dem Agrarhaushalt sollten in den Milchfonds fließen, um Begleitmaßnahmen im Milchsektor gestalten zu können. Vor dem 31. Dezember 2010 legt die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat einen Bericht über die Lage auf dem Milchmarkt vor. In dem Bericht wird zugleich die Effizienz der Verwaltungssysteme der Mitgliedstaaten im Rahmen der Liberalisierung der Quotenregelung untersucht. Zusammen mit dem Bericht legt die Kommission gegebenenfalls geeignete Vorschläge vor.

#### **Besondere Unterstützungen**

EU-Mitgliedstaaten sollen bis spätestens zum 1. Januar 2010 und danach im Zeitraum vom 1. Oktober 2011 bis spätestens zum 1. Januar 2012 beschließen können, bis zu 15 % ihrer genannten nationalen Obergrenzen zu nutzen, um gewisse Betriebsinhaber zu unterstützen. Hierbei handelt es sich um besondere Formen der landwirtschaftlichen Tätigkeit, die dem Schutz und der Verbesserung der Umwelt dienen oder um Unterstützungen, um besonderen Nachteilen zu begegnen, denen sich Betriebsinhaber in den Sektoren Milcherzeugnisse, Rindfleisch, Schaf- und Ziegenfleisch sowie Reis in wirtschaftlich schwachen oder umweltgefährdeten Gebieten gegenüber sehen. Die Mitgliedstaaten können bis zu 5 % ihrer Obergrenzen nutzen, um den Betriebsinhabern eine Stütze in Form von Beiträgen zu Versicherungsprämien oder Fonds zu gewähren.

## **Fettleibigkeit**

Die Fettleibigkeit wird zunehmend zu einem gesamteuropäischen Problem. Die Hälfte aller erwachsenen Europäer ist übergewichtig oder fettleibig. Wenn diese Entwicklung ungebremst weitergehe, wird damit gerechnet, dass 2020 mehr als jeder fünfte EU-Bürger an Fettleibigkeit (Adipositas) erkrankt. Besonders betroffen sind Kinder. Schon heute gelten 5 Mio. Kinder als fettleibig und fast 22 Mio. als übergewichtig. Das Parlament spricht von "epidemischen Ausmaßen".

Aus diesem Grund sollen nun „ungesunde“ Nahrungsmittel aus den Automaten verbannt und Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche nicht länger von jenen Herstellern gesponsort werden dürfen, die Produkte mit hohem Zucker-, Salz oder Fettgehalt anbieten. Die Überlegungen gehen hin von Werbebeschränkungen für ungesunde Produkte und – wie bereits in Dänemark - zum Verbot von ungesunden Bestandteilen in Lebensmitteln, z.B. industriell hergestellte Transfettsäuren. Zu dem Maßnahmenpaket gehören ebenso drei Schulstunden Sport pro Woche und ein Angebot an frischem Obst, Gemüse und Milch in den Schulen. In den Schulkantinen sollen stark zucker- und fetthaltige Speisen nicht mehr angeboten werden. Schließlich soll über das Life Plus-Programm (Laufzeit 2008 bis 2013) die körperliche Betätigung an der frischen Luft gefördert werden.

## **Schulobstprogramm**

Das Schulobstprogramm soll ausgeweitet werden. Das EP hat sich mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen, die für das Schuljahr 2009/2010 vorgesehenen Mittel von derzeit 90 Mio. EUR auf 500 Mio. EUR anzuheben. Außerdem sollen nicht nur Kinder zwischen 6 und 10 Jahren, sondern auch Vorschulkinder in das Schulobstprogramm einbezogen werden.

## **Rohstoffversorgung**

Die Rohstoffversorgung der EU soll gesichert werden. Die Kommission hat eine Strategie vorgelegt, die gezielte Maßnahmen vorsieht, die Versorgung der europäischen Industrie mit Rohstoffen zu sichern. Denn ohne Rohstoffe keine industrielle Produktion. Rohstoffreiche Länder behindern aber zunehmend mit protektionistischen Maßnahmen Exporte nach Europa, um ihre eigene Industrie zu begünstigen. Hinzu kommt, dass Schwellenländer wie China, sich in rohstoffreichen Ländern, insbesondere in Afrika, privilegierten Zugang zu Rohstoffen verschaffen.

Zentraler Bestandteil der EU-Strategie ist eine verbesserte ‚Ressourcen-Diplomatie‘. Dies bedeutet, dass vermehrt Gespräche mit internationalen Partnern geführt werden, um Abkommen über den Zugang zu Ressourcen abzuschließen. Staaten, die den ungehinderten Zugang zu ihren Rohstoffen verwehren, sollen vor die Welthandelsorganisation gebracht werden. Auch die Verknüpfung von Rohstoff- und Entwicklungspolitik ist angedacht. Die vermehrte Wiederaufbereitung von Produkten am Ende ihres Lebenszyklus sowie Bemühungen zur Unterbindung des illegalen Exports von Altmetallen gehören ebenfalls zu den Empfehlungen der Strategie, die (bislang) keine spezifischen rechtlichen Maßnahmen beinhaltet. Im Fokus der Überlegungen steht zudem der Zugang der Industrie zu Mineral- und Metallvorkommen, die in den Naturreservaten des „Natura 2000“-Netzes zu finden sind

---

## **Pressemitteilungen**

### **1.) CDU-Europakongress in Norderstedt (20.09.2008)**

#### **Vizepräsident Jacques Barrot und Reimer Böge fordern eine europäische Antwort auf die dringenden Herausforderungen der EU**

"Der Zustand der EU nach dem Nein der Iren - Warum braucht die EU den Reformvertrag von Lissabon", so lautete der Titel des heutigen Europakongresses der CDU Schleswig-Holstein zu dem sich hoher Besuch angemeldet hatte. Der Vizepräsident der EU-Kommission und derzeitige Verantwortliche für die Bereiche Justiz, Freiheit und Sicherheit, der Franzose Jacques Barrot, war der Einladung des CDU-Europaabgeordneten Reimer Böge gefolgt und diskutierte mit interessierten Teilnehmern die derzeit dringendsten Herausforderungen der EU.

Vor den über 200 Teilnehmern bezog Barrot klar Stellung: "Der Reformvertrag soll die Union neu begründen und alle alten Verträge ablösen. Er ist auch Basis dafür, dass die EU der Bürger und Staaten nach Innen- wie nach Außen handlungsfähiger wird. Nur auf dieser neuen Geschäftsgrundlage vermag Europa sich den Anforderungen der Globalisierung zu stellen." Weiter wies Barrot darauf hin, dass sich gerade auch Probleme und Herausforderungen globalisiert hätten. Als Beispiele nannte er Kriminalität, Terrorismus und das organisierten Verbrechen. Hierfür, so Barrot, muss die EU die notwendigen und gemeinsamen Antworten parat haben. Teil dieser Antwort seien Fortschritte wie beispielsweise der europäische Haftbefehl oder der Ausbau der Zusammenarbeit in Zivil-, Straf-, und Handelssachen.

Reimer Böge ergänzte, dass ein Teil des Waren- und Personenverkehrs von West nach Ost und Nord nach Süd in der EU über Schleswig-Holstein abgewickelt werde. "Daher brauchen wir den Reformvertrag: Gerade in der polizeilichen- und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen würde er zahlreiche dringend notwendige Reformen durchsetzen. Die Kommission wäre dann besser als bisher in der Lage, einen einheitlichen europaweiten Ansatz zu gewährleisten. Einzelnen Ländern wird es nicht mehr möglich sein, Fortschritte bei gemeinsamen Problemen wie grenzüberschreitendem Verbrechen, Drogenhandel, illegaler Einwanderung und Terrorismus zu blockieren. Außerdem würde der Lissabon-Vertrag die Beschlussfassung bei Entscheidungen im Rat reformieren und vereinfachen."

"Wir haben nicht viel Zeit, Europa für die wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Herausforderungen der Globalisierung fit zu machen", so Böge abschließend. "Dieses gemeinsame Interesse von knapp 500 Millionen europäischen Bürgern darf nicht auf der Strecke bleiben! Daher danke ich Kommissar Barrot für seinen Besuch in Schleswig-Holstein und seine klaren Worte, die notwendigen Reformen anzumahnen."



Bild: Der Vizepräsident der EU-Kommission Jacques Barrot und Reimer Böge vor dem Europakongress im Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Europaschulen

Quelle: CDU

## 2.) EP-Haushaltsausschuss erzielt in erster Lesung Einigung über Haushalt 2009 (08.10.2008)

Der Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments hat die Abstimmungen über den Haushaltsentwurf 2009 heute abgeschlossen. Nach Aussage des Ausschussvorsitzenden Reimer Böge, wird das EU-Budget auch im kommenden Jahr klar unter den Obergrenzen des Mehrjahresfinanzrahmens 2007-2013 bleiben. Der Beschluss des Haushaltsausschusses liegt bei den Zahlungsermächtigungen bei etwa 0,958% des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU-27 und bei den Zahlungsverpflichtungen bei etwa 1,048% des BNE.

"Neben den notwendigen Anpassungen im Parlamentshaushalt, wie z.B. des Abgeordnetenstatuts und der neuen Mitarbeiterregeln hat der Haushaltsausschuss mit der jetzigen Einigung klar seine Schwerpunkte festgelegt", so Böge. "Besonderes Gewicht erhalten im Haushalt 2009 die Programme für Wachstum und Beschäftigung und die Bekämpfung des Klimawandels".

Eine weitere Herausforderung, so Böge, sei der wachsende Finanzierungsbedarf in der Kategorie Nr. IV "Die EU als globaler Partner". Hierzu zählen die Aufgaben der inneren und äußeren Sicherheit sowie der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Verhandlungsbedarf sieht Böge insbesondere bei der EU-Hilfe für Palästina, Kosovo und Georgien. Genaue Summen für die Unterstützung von Georgien erwartet der Haushaltsausschuss im Anschluss an die Geberkonferenz am 22.10.2008.

Mit endgültigen Ergebnissen ist in den Trilog-Verhandlungen am 13.11.2008 und in der Haushaltskonzertierung zwischen Parlament und Rat am 21.11.2008 zu rechnen. In diesem Zusammenhang soll auch der von der Kommission vorgeschlagene und von den Staats- und Regierungschefs begrüßte Lebensmittelsonderfonds für die Entwicklungsländer verhandelt werden. "Angesichts der im Raum stehenden Herausforderungen gibt es keinen Zweifel: Ohne die Nutzung des Flexibilitätsinstruments und des Nothilfefonds kann es keine ausreichende Lösung für die genannten außenpolitischen Schwerpunkte geben", so der Vorsitzende abschließend.

### **3.) Reimer Böge mit 100% zum CDU Spitzenkandidaten für die Europawahl nominiert (01.11.2008)**

Auf der CDU-Landesvertreterversammlung in Travemünde wurde am Sonnabend der Europaabgeordnete Reimer Böge aus Hasenmoor mit überwältigender Mehrheit (204 Ja-Stimmen, Keine Nein-Stimme, 1 Enthaltung bei 205 abgegebenen Stimmen) als Spitzenkandidat für die Europawahl 2009 gewählt. Das entspricht einer Zustimmung von 100%. Nach der CDU-Satzung werden für die Prozentermittlung Enthaltungen nicht gewertet. Reimer Böge war den Delegierten einstimmig durch den CDU-Landesvorstand vorgeschlagen worden und hatte keinen Gegenkandidaten. Die Delegierten aus ganz Schleswig-Holstein feierten das einmalige Ergebnis mit stehendem lang anhaltendem Applaus. Bereits am Vortage hatte der Präsident im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments bei der Wahl des stellvertretenden CDU Landesvorsitzenden mit 232 Stimmen (88,5%) das beste Ergebnis bei der Wahl der 4 stellvertretenden Landesvorsitzenden erzielt.



Bild: Ministerpräsident Peter Harry Carstensen gratuliert Reimer Böge zu dem einmaligen Ergebnis

Quelle: CDU

## Terminauswahl:

16.10.	Besuch der Gruppe "Frauen-Union Rendsburg-Eckernförde" im EP, Brüssel
21.10.	Konferenz der Ausschussvorsitzenden, Straßburg
22.10.	Gespräch mit Parlamentspräsident Pöttering, Straßburg
24.10.	Gespräch bei der Firma Steinbeis, Glückstadt
27.10.	Treffen mit Herrn Schwarz, Präsident des Präsidenten des Bauernverbandes Schleswig-Holsteins, Kiel
27.10.	Landesvorstand CDU, Kiel
31.10.- 1.11.	Landesparteitag CDU Schleswig-Holstein, Travemünde
05.-06.11.	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
06.11.	CDU Kreisparteitag, Rendsburg
07.11.	Herbstessen CDU Ortsverband, Wankendorf
10.11.	Sitzung des Haushaltsausschusses, Brüssel
12.11.	Konferenz der Kommission zum Haushaltsüberprüfung, Brüssel
13.11.	Haushaltsverhandlungen mit Rat und Kommission, Brüssel
18.11.	Konferenz der Ausschussvorsitzenden, Straßburg
21.11.	Haushaltskonzertierung mit Rat und Kommission, Brüssel
22.11.	Kreisparteitag Stormarn, Ahrensburg
26.11.	Grünkohlessen mit Unternehmerverbänden, Kiel
01.12.-04.12.	Sitzungen des Haushaltsausschusses, Brüssel
03.12.	Meinungsaustausch mit Ministerpräsident Christian Wulf zum Emissionshandel, Brüssel
04.12.	Triloggespräche mit Rat und Kommission zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Brüssel
08.12./11.12.	Sitzungen des Haushaltsausschusses, Brüssel
11.12..	Landesarbeitskreis Agrarpolitik, Neumünster
18.12.	Zweite Lesung zum EU-Haushalt 2009 im Plenum des Europäischen Parlaments, Straßburg

Für weitere Informationen:  
<http://www.reimerboege.de>  
<http://www.epp-ed.eu/home/de/default.asp>  
<http://www.europarl.ep.ec/>

Impressum:  
Verantwortlich i.S.d.P. für diese Seiten:  
Peter Steven  
Tel: 00322/ 2845326  
Fax: 00322/ 2849326  
Email:reimer.boege-assistant@europarl.europa.eu  
Internet: <http://www.reimerboege.de>

